

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Kreisverbände Darmstadt, DA - Land & Dieburg



Aufgrund des aktuellen Pandemiegeschehens musste die GEW die seit 2015 jährlich am 13. November in Darmstadt stattfindende gemeinsame Aktion „A13 für alle“ absagen.

Vielfach haben Lehrer*innen der Grundschulen in den vergangenen Jahren auf gestiegene Anforderungen und ihre dramatisch zunehmende Arbeitsbelastung hingewiesen. Unter anderem in Überlastungsanzeigen wiesen sie diese detailliert nach. Insbesondere die Inklusion erfordert intensive Weiterqualifizierung, einen erhöhten Arbeitsaufwand durch Kooperation und Dokumentation sowie deutlich mehr Aufwand bei der Vorbereitung von Unterricht. Ähnliches gilt für das Unterrichten der Kinder ohne Deutschkenntnisse und die Integration geflüchteter Kinder, sowie die Umsetzung der Digitalisierung an den Schulen.

Das wird auch von keiner Seite bestritten. Nur: Es tut sich nichts!

Weniger Geld bei mehr Arbeit und steigender Belastung, das ist ein Zustand, den viele Kolleg*innen in den Grundschulen nicht länger hinnehmen wollen. Sie sind es leid! Sie fordern Gleichstellung!

Deshalb erinnern sie und die GEW am 13. November an diesen ungerechten Zustand und starten damit einen Prozess, der die deutliche Aufwertung der Arbeit von Lehrer*innen an Grundschulen zum Ziel hat. Vorbild sind dabei die skandinavischen Länder. Dort wird Grundschularbeit schon lange mehr wertgeschätzt, dort gilt das Motto: „Auf den Anfang kommt es an!“

Auch in Deutschland haben bereits sieben Bundesländer beschlossen bzw. verkündet, Grundschullehrkräfte grundsätzlich nach A13 zu bezahlen, nämlich: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein.

In Zahlen:

Die Eingangsbesoldung beträgt in Hessen 7823 € weniger als in Bremen.

Die höchste Besoldungsstufe ist in Sachsen 9366 € höher als in Hessen.

Angenommen, eine Grundschullehrkraft beginnt mit 27 Jahren zu arbeiten, unterrichtet ununterbrochen 40 Jahre, lebt unverheiratet ohne Kind, dann beträgt ihr Lebenseinkommen in Hessen 311.000 € brutto weniger als in Sachsen.

Die GEW fordert gerechte politische Entscheidungen der Landesregierung in Hessen, die den Weg zu wirklich guten Arbeitsbedingungen öffnen.

Obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer für sinnvoll erachtet wird, unternimmt der Kultusminister Hessens Prof. Lorz nichts in dieser Richtung.

Die Sicherung der pädagogischen und professionellen Qualität der Grundschulbildung muss von der Landesregierung priorisiert werden. Hessen darf nicht länger warten!

Kontakte zur GEW:

Sabine Joa, sabine.joa@web.de
Heike Stahlmann-Keufen, heistah@t-online.de
Felicita Hemel, felicita.hemel@gmail.com

Impressum:

Herausgeber:
Verantwortlicher

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverbände Darmstadt Stadt/Land & Dieburg
Redakteur: Klaus Armbruster, Carsonweg 61, 64289 Darmstadt